

**Öffentlich-rechtliche Vereinbarung
über die Übertragung
der Aufgaben der Genehmigungs- und Überwachungsbehörde für das Einleiten von Abwasser
in öffentliche Abwasseranlagen nach § 58 Wasserhaushaltsgesetz (WHG)**

zwischen
der Stadt Geestland, Sieverner Straße 10, 27607 Geestland,
vertreten durch den Bürgermeister Thorsten Krüger
und
dem Landkreis Cuxhaven, Vincent-Lübeck-Straße 2, 27474 Cuxhaven,
vertreten durch den Landrat Kai-Uwe Bielefeld

Vorbemerkungen

Durch das Gesetz über die Neubildung der Stadt Geestland vom 08. November 2012 wurde zum 01.01.2015 die Stadt Geestland gebildet. Nach § 4 dieses Gesetzes hat die Stadt Geestland die Rechtsstellung einer selbständigen Gemeinde.

Nach § 98 Abs. 1 Niedersächsisches Wassergesetz (NWG) vom 19. Februar 2010 entscheidet über die Genehmigung nach § 58 WHG die Wasserbehörde, soweit das Fachministerium nicht durch Verordnung die Gemeinde für zuständig erklärt. Soweit für die Einleitung von Abwasser eine Genehmigung nach § 58 WHG erforderlich ist, hat die für die Genehmigung zuständige Stelle auch die Einleitung zu überwachen (§ 98 Abs. 2 NWG).

Gemäß § 3 der Verordnung über Zuständigkeiten auf dem Gebiet des Wasserrechts (ZustVO-Wasser) vom 10. März 2011 sind in selbständigen Gemeinden für die Genehmigung von Einleitungen in öffentliche Abwasseranlagen nach § 58 WHG diese anstelle der Wasserbehörde zuständig.

§ 1 Zweck

Nach § 3 Satz 2 ZustVO-Wasser gilt § 127 Abs. 2 Sätze 3 und 4 NWG entsprechend. Danach kann eine selbständige Gemeinde mit dem Landkreis vereinbaren, dass der Landkreis auch für den Bereich der selbständigen Gemeinde die Aufgaben der Genehmigungs- und Überwachungsbehörde erfüllt. Die Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Fachministeriums; sie ist von den Vertragsschließenden ortsüblich bekannt zu machen.

§ 2 Personal

Das Personal zur Wahrnehmung der Aufgaben wird vom Landkreis Cuxhaven gestellt.

§ 3 Erhebung von Gebühren und Auslagen, Zuweisungen des Landes

Der Landkreis Cuxhaven erhebt Gebühren und Auslagen in eigener Zuständigkeit und erhält alle Erträge/Einzahlungen aus der Wahrnehmung dieser Aufgaben (einschließlich etwaiger OWi-Verfahren). Dazu gehören auch die Zuweisungen des Landes, die den zuständigen Stellen als Kostenausgleich für den entstehenden Verwaltungsaufwand zur Verfügung gestellt werden. Die Stadt Geestland verpflichtet sich, für die Zeit der Vertragsdauer alle vom Land an die Stadt Geestland gezahlten Erstattungsbeträge für die Durchführung der Aufgaben an den Landkreis Cuxhaven abzuführen.

§ 4 Kostenregelungen

Die Beteiligten sind sich darüber einig, dass eine Erstattung der Personal- und Sachkosten, die in direktem Zusammenhang mit der Aufgabenwahrnehmung stehen unter Abzug der entsprechenden Gebühreneinnahmen vorgenommen wird. Die Kostenberechnung erfolgt unter Berücksichtigung des jeweils aktuellen KGSt-Berichts „Kosten eines Arbeitsplatzes“.

Unter Berücksichtigung des aktuellen KGSt-Berichts 16/2015 vom 30.11.2015 sind Kosten in Höhe von 10.000 € pro Jahr zu erstatten. Die Stadt Geestland erstattet dem Landkreis Cuxhaven den Betrag jeweils zum 01.07. eines jeden Kalenderjahres.

§ 5 Geltungszeitraum der Vereinbarung, Kündigung

Die Vereinbarung wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen.

Die Vereinbarung kann unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von sechs Monaten zum Ende eines Kalenderjahres schriftlich gekündigt werden; die aufgeführten Aufgaben fallen dann an die Stadt Geestland zurück. Das Personal verbleibt nach Auflösung der Vereinbarung beim Landkreis Cuxhaven.

§ 6 Ortsübliche Bekanntmachung und Wirksamwerden

Diese Vereinbarung soll rückwirkend zum 01.01.2015 wirksam werden.

Die Vereinbarung bedarf der Zustimmung des Fachministeriums, sie ist von den Vertragsschließenden ortsüblich bekannt zu machen.

§ 7 Salvatorische Klausel

Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung sowie andere Vereinbarungen, die den Inhalt dieser Vereinbarung berühren, bedürfen der Schriftform.

Sollten einzelne Bestimmungen der Zweckvereinbarung unwirksam sein oder werden, so berührt dies die Gültigkeit der übrigen Bestimmungen dieser Zweckvereinbarung nicht. Die Parteien verpflichten sich, unwirksame Bestimmungen im Sinne des Zwecks der Vereinbarung auszulegen oder durch neue Bestimmungen zu ersetzen, die der in der unwirksamen Bestimmung enthaltenen Regelung in rechtlich zulässiger Weise gerecht werden.

Entsprechendes gilt für in der Zweckvereinbarung enthaltene Regelungslücken. Zur Behebung evtl. Lücken verpflichten sich die Parteien auf eine Art und Weise hinzuwirken, die dem am Nächsten

kommt, was die Parteien nach Sinn und Zweck des Vertrages bestimmt hätten, wenn der Punkt von ihnen bedacht worden wäre.

30. JAN. 2018

Geestland, den

Stadt Geestland

Der Bürgermeister

Krüger

Cuxhaven, den 14. 2. 2018

Landkreis Cuxhaven

Der Landrat

Udo-G. Timmer

Bielefeld